



Antrag

der Abgeordneten **Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Julika Sandt, Alexander Muthmann, Matthias Fischbach** und **Fraktion (FDP)**

Zahlungsmoral-Offensive des Freistaates durchführen

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest: In der Konjunkturumfrage 2020 der Bayerischen Ingenieurkammer Bau, die zwischen dem 16. März 2020 und dem 09. April 2020 erhoben wurde, beurteilen elf Prozent der befragten Personen (Inhaber von Ingenieurbüros sowie freiberuflich und gewerblich tätige Ingenieure) die Zahlungsmoral der öffentlichen Auftraggeber als schlecht. Gerade in der derzeitigen Situation ist dies ein inakzeptabler Zustand, denn er verschärft neben der ohnehin angespannten Liquiditäts- und Solvenzsituation der Unternehmen zusätzlich den Investitions- und Innovationsstau in Bayern.

Die Staatsregierung wird daher aufgefordert, sicherzustellen, dass der Freistaat den ausstehenden Zahlungsverpflichtungen gegenüber Unternehmen aus der Privatwirtschaft, die unstrittig sind, bis zum 31. Juli 2020 vollständig nachkommt. Sollte der Freistaat seine Rechnungen über diesen Stichtag hinaus nicht termingerecht begleichen, ist der geschädigte Auftragnehmer angemessen zu entschädigen.

Begründung:

Die Corona-Krise hat die Liquiditätssituation zahlreicher Unternehmen drastisch verschlechtert und sie teilweise in eine existenzbedrohende Lage versetzt. Um diese abzumildern, sind die bereits beschlossenen staatlichen Soforthilfen und Kredite ein wichtiges und geeignetes Mittel. Doch die Liquiditätsengpässe der Wirtschaft sind nicht nur auf die Corona-Krise zurückzuführen, sondern auch auf die davon unabhängige säumige Zahlungsmoral öffentlicher Auftraggeber.

Offene Rechnungen des Freistaates führen bei Dienstleistern, Handwerks- oder Baubetrieben zu Liquiditätsschwierigkeiten und gefährden dadurch massiv Arbeitsplätze. Es ist nicht hinzunehmen, dass Auftragnehmer mehrere Monate auf die Begleichung von Rechnungen warten, die Finanzämter jedoch sofort die Vorsteuer einfordern. In der Vergangenheit haben manche Handwerks- oder auch Baubetriebe öffentliche Aufträge allein deshalb ausgeschlagen, weil sie durch die bekannten Abrechnungsprobleme und bürokratischen Hürden bei der Auftragsabwicklung abgeschreckt wurden. Die öffentliche Hand wird damit ihrer Vorbildfunktion nicht gerecht und gefährdet das Vertrauen der Bürger in den Staat. Aus diesem Grund benötigt der Freistaat jetzt dringend eine Zahlungsmoral-Offensive der öffentlichen Hand.